



REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

**BMJ-S751.003/0006-IV 2/2013**

---

Museumstraße 7  
1070 Wien

Tel.: +43 1 52152 2218  
E-Mail: [team.s@bmj.gv.at](mailto:team.s@bmj.gv.at)

Sachbearbeiter/in:  
Dr. Irene Gartner

## allgemeine Begutachtungsstellen

**Betrifft:** Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-JZG), das Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz (ARHG) und das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz geändert werden (EU-JZG-ÄndG 2013); Versendung zur Begutachtung

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, den Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-JZG), das Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz (ARHG) und das Wohnhaus-Wiederaufbaugesetz geändert werden (EU-JZG-ÄndG 2013), samt Erläuterungen mit dem Ersuchen zu übersenden, hiezu bis zum

**21. Mai 2013**

Stellung zu nehmen (elektronisch an die Adresse: [team.s@bmj.gv.at](mailto:team.s@bmj.gv.at)). Es wird um Verständnis ersucht, dass nach diesem Zeitpunkt einlangende Stellungnahmen nicht mehr berücksichtigt werden können.

Überdies wird ersucht, die Stellungnahme - soweit technisch möglich – im Wege elektronischer Post ([begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)) dem Präsidium des Nationalrats zu übersenden.

Es wird angemerkt, dass die Aussendung zur Begutachtung nur mehr auf elektronischem Weg erfolgt.

Wien, 02. Mai 2013

Für die Bundesministerin:

Dr. Fritz Zeder

Elektronisch gefertigt